

Mitteilungen des Oberbürgermeisters

19. Sitzung der Stadtvertretung am
22. Mai 2006



1. Unterrichtung über alle wesentlichen Angelegenheiten der Verwaltung

"Qualitätssiegel" für die Volkshochschule "Ehm Welk" Schwerin

Die VHS „Ehm Welk“ ist nach einem mehrmonatigen Qualitätstestierungsverfahren das Zertifikat für qualitativ hochwertige lernorientierte Weiterbildungsarbeit durch die Art set GmbH Hannover verliehen worden. Die Einrichtung konnte in allen geprüften Qualitätsbereichen, wie zum Beispiel Leitbildentwicklung, Kundenkommunikation, Evaluation von Bildungsprozessen, Personal- und Führungsentwicklung, Lehr-Lernprozesse, Controlling..., den Nachweis erbringen, die Anforderungen über das geforderte Qualitätsmaß hinaus zu erfüllen.

Lokales Bündnis für Familie

Am 26. April fand im Schweriner Rathaus die Auftaktveranstaltung des Lokalen Bündnisses für Familie statt. Insgesamt trafen sich 28 VertreterInnen aus Politik, Schweriner Unternehmen Verwaltung und sozialen Einrichtungen.

Herr Junghans hatte die TeilnehmerInnen als Beigeordneter der Landeshauptstadt begrüßt.

Nach einem Vortrag von Frau Prof. Mönch-Kalina, Hochschule Wismar, diskutierten die zukünftigen Kooperationspartner des Bündnisses Fragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Qualität der Tagesbetreuungsangebote wird ein Themenschwerpunkt in der Arbeit des Bündnisses für Familie sein. Als erste Maßnahme haben alle VertreterInnen verabredet, sämtliche Angebote und Unterstützungsleistungen für Familien zusammenzustellen und auf einem nächsten Arbeitstreffen im Monat Juni vorzustellen.

Unterstützt wird die Arbeit des Bündnisse durch eine Netzwerkstelle der Caritas Westmecklenburg.

LOS-Regionalkonferenz der kreisfreien Städte M-V am 27.04.2006 im Schweriner Schloß

Seit Ende 2003 wird in den 6 kreisfreien Städten erfolgreich das Bundesprogramm LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke – umgesetzt. Ziel dieses Programmes ist, mit Hilfe einer Mikroprojektförderung bis max. 10.000,- im Jahr, Beschäftigungschancen für am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen zu verbessern sowie Existenzgründungen zu fördern.

Auf einer Regionalkonferenz M-V am 27. April 2006, die auf Initiative der Landeshauptstadt Schwerin zurückgeht, sind 43 Projekte einer größeren Öffentlichkeit präsentiert worden.

Neben zahlreichen prominenten Gästen aus Politik, Verwaltungen und Unternehmen haben Arbeitsagentur M-V haben ca. 300 BesucherInnen die Regionalkonferenz besucht.

Eine Vertreterin des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat eine Weiterführung des Programms angekündigt. Zu den Schweriner Projekten ist eine Ausstellung und eine barrierefreie Website erarbeitet worden (www.schwerin.de/los).

2. Stand der Abarbeitung der Beschlüsse der Stadtvertretung

Beschlussvorlage

Reduzierung des Zuschussbedarfes im Rahmen der Konsolidierung des städtischen Haushaltes

7. StV vom 21. Februar 2005; DS 00414/2005

Die Stadtvertretung hat am 21. Februar 2005 u.a. beschlossen, für den zu schließenden Museumsstandort Großer Moor 38 zu prüfen, ob die Ausstellungen in anderen Räumen fortgesetzt werden können.

Hierzu wird mitgeteilt:

Entsprechend dem Beschluss der Stadtvertretung vom 21.02.2005 ist der Ausstellungsstandort des Stadtgeschichtsmuseums, Großer Moor 38, zum 31.03.2005 aufgegeben und das Gebäude zum 31.07.2005 an das Zentrale Gebäudemanagement übergeben worden.

Der Sammlungsbestand wurde archiviert bzw. wird weiterhin bearbeitet und ist in den Depoträumen in der Willi-Bredel-Straße und in der Galileo-Galilei-Straße untergebracht.

Die weitere Sammlungstätigkeit liegt in der Veranstaltung des Mecklenburgischen Volkskundemuseums.

Die Weiterführung der stadtgeschichtlichen Forschungstätigkeit ist dem Aufgabenbereich des Stadtarchivs zugeordnet worden.

Als neuer Standort einer geschichtlichen Ausstellung wird die freigewordene Mietfläche (EGS) vorgeschlagen. Dieses Objekt stellt von den geprüften Möglichkeiten die kostengünstigste Variante dar, da durch die enge Anbindung zum Schleswig-Holstein-Haus die vorhandenen Ressourcen dieser Einrichtung genutzt werden können.

Im Haushaltsplan 2006 sind Investitionsmittel in Höhe von 10.000,00 € für die Herrichtung der Ausstellungsfläche in diesem Objekt bewilligt worden.

Als Interimslösung sind bereits ab diesem Sommer Sonderausstellungen geplant. So wird es vom 12. Juni bis zum 12. Juli eine Ausstellung über den Designpreis des Landes Mecklenburg-Vorpommern geben. Folgend wird eine Ausstellung zum Ludwig-Bölkow-Preis.

Darüber hinaus werden durch das Kulturbüro Gespräche mit Vertretern der in Ratzeburg ansässigen Stiftung Mecklenburg geführt. Ziel der Gespräche ist die Übernahme der Sammlungsbestände der Stiftung Mecklenburg und ihre Einbindung in eine künftige Ausstellung über mecklenburgische und Schweriner Geschichte. Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe Stiftung Mecklenburg findet am 22.05.2006 zu diesem Thema statt.

Eine Beschlussvorlage wird erarbeitet, sobald die Gespräche mit der Stiftung Mecklenburg abgeschlossen sind.

**Antrag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Straßenumbenennung
10. StV vom 13. Juni 2005; DS 00976/2003**

Die Stadtvertretung beschloss,

- a) Die Karl-Marx-Straße wird in Alexandrinenstraße umbenannt.
- b) Ein Straßenabschnitt der Umgehungsstraße AM GRÜNEN TAL wird „Karl-Marx-Allee“ genannt.

Hierzu wird mitgeteilt:

- zu a) Zum 1. Januar 2006 wurde die Karl-Marx-Straße in Alexandrinenstraße umbenannt.
- zu b) Zum 1. Mai 2006 wurde der Teilabschnitt zwischen der Ludwigsluster Chaussee und der Graf-Yorck/Friedrich-Engels-Straße in Karl-Marx-Allee umbenannt. Die Straßenschilder werden nach der Bekanntmachung im Stadtanzeiger am 19. Mai 2006 angebracht.

**Antrag (SPD-Fraktion, Fraktion Unabhängige Bürger)
Übernahme des Spielbetriebes des Mecklenburgischen Landestheaters Parchim durch
das Mecklenburgische Staatstheater Schwerin
18. StV vom 24. April 2006; DS 01034/2006
und
Beschlussvorlage
Finanzierung des Mecklenburgischen Staatstheaters
14. StV vom 12. Dezember 2005; DS 00824/2005**

Beschluss vom 24.04.2006:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, kurzfristig mit dem Landkreis Parchim zum Abschluss der Verhandlungen zur Übernahme des Spielbetriebes des Mecklenburgischen Landestheaters Parchim durch das Mecklenburgische Staatstheater Schwerin zu gelangen. Hierbei sind die auf Intendantenebene einvernehmlich ausgehandelten Festlegungen zu Personal- und Sachmitteln zugrunde zu legen.

Beschluss vom 12. Dezember 2005:

...

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 31. März 2006 der Stadtvertretung ein schlüssiges Konzept vorzulegen, wie das bisherige Kulturangebot des MST aufrechterhalten werden kann. Dabei sind insbesondere folgende Potenziale zu prüfen:
 - a) Zusammenarbeit mit dem Mecklenburgischen Landestheater Parchim einschließlich eines möglichen Eintritts des Landkreises Parchim als Gesellschafter des MST,
 - b) finanzielle Unterstützung des MST durch die benachbarten Landkreise,
 - c) mögliche Synergieeffekte im Rahmen von Kooperationen mit anderen Theatern, hier insbesondere mit dem Theater der Hansestadt Rostock,
 - d) Maßnahmen zur Kostensenkung innerhalb des Theaters, hier insbesondere durch den Abschluss von Haustarifverträgen.
 Nach Vorlage des Konzeptes soll die Höhe des städtischen Zuschusses für die Zeit ab 2008 bestimmt werden.

Hierzu wird mitgeteilt:

Am 24.04.06 und am 04.05.06 fanden weiterführende Gespräche zwischen den Vertretern beider Theater statt. Im Ergebnis dessen kann mitgeteilt werden, dass das Landestheater Parchim bis zum 31.12.2006 bzw. 31.07.2007 die notwendigen Schritte aus arbeitsrechtlicher Sicht vornehmen wird. Ziel ist, zum 01.08.2007 ein Kinder- und Jugendtheaterangebot durch das MST in Parchim leisten zu können. Derzeit wird an dem diesbezüglichen Vertrag gearbeitet. Mit dem Land wird versucht, Klarheit über die FAG-Finanzierung in Perspektive 2008/2009 zu erzielen. Es ist dringend geboten, dass sich das Land dazu klar positioniert, um eine verbindliche Grundlage für den Vertrag zwischen dem Land und der Landeshauptstadt zu erhalten. Seitens des

Landkreises werden die erforderlichen Beschlüsse zwischen dem Zweckverband und dem Kreistag auf den Weg gebracht. Zu erwähnen sei noch, dass ein Übergang nach § 613 a BGB verhindert werden soll, da dies die Gefahr erheblicher finanzieller Mehrbelastungen für das MST oder die Stadt Schwerin mit sich bringt. Für den Fall, dass Arbeitsgerichte zu einer anderen Beurteilung gelangen, muß deshalb mit dem Landkreis zuvor eine Regelung zur Verteilung dieser Risiken vereinbart werden. Auch diese Frage ist Gegenstand der Verhandlungen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie über den aktuellen Stand zum Theaterkonzept informieren. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 05.05.2006 über ein aktuell vorgelegtes Personalreduzierungskonzept zur Einsparung von 66 Stellen votiert. Dieses wurde nochmals überarbeitet und in einer Sondersitzung des Aufsichtsrates am 09.05.2006 beschlossen. Das Personalreduzierungskonzept stellt ein Teil des gesamten Theaterkonzeptes dar. Ziel ist jedoch, dass durch die derzeit durchgeführten Haustarifverhandlungen diese Kündigungen nicht ausgesprochen werden müssen. Sollten im Rahmen der Haustarifverhandlungen Einsparmöglichkeiten erreicht werden, bringen diese jedoch nur eine kurzfristige Entlastung. Eine dauerhafte Lösung wird nur durch die Umsetzung weiterer Maßnahmen erreicht werden. Sobald eine umfassende Umsetzung der in Rede stehenden Aktionen erfolgt ist, kann auch die Höhe des städtischen Zuschusses festgelegt werden.

Der Landesrechnungshof hat zur Konsolidierung des Theaters in der Hansestadt Rostock ein externes Gutachten erstellen lassen. Für die Stadt Schwerin ist ein gleichwertiges Gutachten geplant. Es ist diesseits vorgesehen, die Ergebnisse für das Theaterkonzept zu nutzen.

Antrag (Fraktion Die Linkspartei.PDS)

Sicherung Fortbestand der kommunalen der Zukunftswerkstatt Schwerin e.V.

13. StV vom 17. Oktober 2005; DS 00531/2005

Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin hatte den Oberbürgermeister mit ihrem Beschluss aufgefordert, den Fortbestand der kommunalen Beschäftigungsgesellschaft „Zukunftswerkstatt e.V.“ (ZWS) weiterhin zu garantieren und den Vertrag entsprechend den „neuen Aufgaben“ zu modifizieren.

Der Oberbürgermeister berichtete der Stadtvertretung in ihrer Sitzung am 30. Januar 2006 im wesentlichen mit dem Zwischenstand, dass es beabsichtigt sei, mit dem Vorstand und dem Geschäftsführer des ZWS eine interessengerechte Ausgestaltung der Zusammenarbeit zu verhandeln, die den beiderseitigen Belangen Rechnung trage.

Der Beigeordnete für Kultur, Sport, Schule und Soziales verständigte sich am 2. März 2006 mit dem Vorstand des ZWS über die Grundlagen der künftigen Zusammenarbeit zwischen dem Verein und der Landeshauptstadt Schwerin mit dem Ziel, den Verein und seine Aktivitäten zu erhalten.

Danach besteht Einvernehmen darüber, dass die Gleichwertigkeit des ZWS innerhalb der Trägerlandschaft Schwerins betont wird und in diesem Sinne die bestehende Vereinbarung zwischen der LH Schwerin und dem ZWS geändert bzw. angepasst werden soll; hierbei sollen Möglichkeiten der Integration des ZWS in einen Trägerverbund in die fortführenden Überlegungen einbezogen werden.

Beide Seiten sind sich der Tatsache bewusst, dass der ZWS über flüssige Mittel nicht verfügt, die Eigenmittel des Vereins (z.B. Immobilien) nicht kapitalisiert werden können.

Die künftigen Aktivitäten der ZWS sollen sich auf die

- Durchführung von vollständig durch Bundesmittel finanzierte Arbeitsgelegenheiten nach den Bestimmungen des SGB II für Zwecke der Landeshauptstadt Schwerin und ihrer Eigenbetriebe (Privileg) und
- auf durch den Vorstand zu erschließende neue Betätigungsfelder mit dem Ziel der Erwirtschaftung finanzieller Gewinne (z.B. Tätigkeit als Jugendbegegnungsstätte)

erstrecken.

Ein weiteres Abstimmungsgespräch fand am 29. März 2006 zwischen dem Geschäftsführer des ZWS und dem Leiter des Amtes für Soziales und Wohnen zur aktuellen Situation des ZWS statt. Es besteht danach Einvernehmen, dass die für die Fortführung der bestehenden Beschäftigungsmaßnahmen des Vereins erforderlichen finanziellen Mittel im Haushaltsjahr 2006 ausreichen. Die Maßnahmen werden vereinbarungsgemäß in den Jahren 2006 bis 2008 auslaufen.

Der Ausschuss für Soziales und Wohnen hat in seiner 25. Sitzung am 06. April 2006 von diesem Sachstand Kenntnis genommen.

Die Anpassung bzw. Veränderung der zwischen dem ZWS und der LH Schwerin bestehenden Vereinbarung wird in Kürze erfolgen.

**Antrag (Fraktion Die Linkspartei.PDS)
Zebrastreifen Dreescher Markt
16. StV vom 27. Februar 2006; DS 01001/2006**

Der Oberbürgermeister wurde aufgefordert zu prüfen, ob der ursprünglich vorhandene Zebra – Straßenfußgängerübergang am Dreescher Markt wieder in der alten Form hergestellt werden kann.

Hierzu wird mitgeteilt:

Die im Volksmund „Zebrastreifen“ genannten Fußgängerüberwege werden nach der seit dem 01.01.2002 geltenden „Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen“ angelegt. Zu berücksichtigen ist insbesondere die Lage von Bushaltestellen. Ein Fußgängerüberweg darf dann in Fahrtrichtung **vor** der Haltestelle angelegt werden, wenn eine Busbucht vorhanden ist. Dies ist am Dreescher Markt nicht der Fall. Halten Busse auf der Straße, dürfen Fußgängerüberwege nur dann **hinter** der Haltestelle angebracht werden, wenn das Vorbeifahren an dem haltenden Bus zuverlässig verhindert werden kann, z.B. durch eine Mittelinsel. Auch diese baulichen Voraussetzungen sind nicht vorhanden. Sie können auch nicht nachträglich geschaffen werden, da der Straßenquerschnitt dies nicht hergibt.

Bei der Planung ist bewusst Abstand von der Einrichtung von Busbuchten genommen worden. Hierfür hätte die Straße verschwenkt werden müssen, weil zur Straßenbahntrasse nicht ausreichend Fläche vorhanden war. Dies hätte einen erheblichen finanziellen Mehraufwand bedeutet. Auch aus der Sicht der Polizei und der Verkehrsbehörde ist damals wie heute eine aufgepflasterte Straßenquerung als ausreichend angesehen worden. Im übrigen sind nach der og. genannten Richtlinie in Tempo-30-Zonen Fußgängerüberwege grundsätzlich entbehrlich. Der Dreescher Markt ist bislang auch nicht durch Unfallzahlen auffällig geworden.

Der Fußgängerüberweg ist seinerzeit mit einer Ausnahmegenehmigung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr angelegt worden. Unter den inzwischen geänderten Bestimmungen würde eine erforderliche Zustimmung nicht erteilt werden.

In den letzten 4 Wochen vorgenommenen Verkehrsbeobachtungen in diesem Bereich haben ergeben, dass keine besonderen Probleme auftraten. Überwiegend wurde das gegenseitige Akzeptieren zwischen Autofahrer und Fußgänger, wie es in Tempo-30-Zonen angestrebt wird, beobachtet. Ein Handlungsbedarf konnte nicht festgestellt werden.

Die Verwaltung bewertet die vorhandene Lösung als ausreichend und hält eine Veränderung nicht für erforderlich.

**Antrag (SPD-Fraktion)
Stadtteilzentrum in Krebsförden
12. StV vom 26. September 2005; DS 00777/2005**

Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, die Bestrebungen der Caritas und der Diakonie in Krebsförden bei der Gründung eines generationsübergreifenden Stadtteilzentrums zu unterstützen.

Hierzu wird mitgeteilt:

Unverändert vertreten die Träger Caritas Westmecklenburg und Diakonie Neues Ufer Rampe Auffassung, das mit der Verwaltung abgestimmte Konzept für ein gemeinsames Stadtteilzentrum umzusetzen.

Es wird aktuell ein alternativer Standort unter Einbeziehung des Zentralen Gebäudemanagement geprüft, da der Vertrag zwischen der Stadt und der Caritas Westmecklenburg zum gegenwärtigen Freizeittreff (Schulcontainer) am 31.12.06 ausläuft. Im Monat Mai 2006 hat eine Vorortbegehung aller Beteiligten in der Kindertagesstätte Gillhofstraße stattgefunden. Der notwendige Finanzierungsbedarf wird aktuell ermittelt.

Die Verwaltung wird fortlaufend über den Bearbeitungsstand berichten.

**Antrag (SPD-Fraktion, Fraktion Unabhängige Bürger, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berufsschulkonzept
18. StV vom 24. April 2006; DS 01084/2006**

Der Oberbürgermeister wurde aufgefordert, der Stadtvertretung bis zum 22.05.2006 ein Berufsschulkonzept im Sinne einer Schulentwicklungsplanung für die Jahre 2006 bis 2011 für die Landeshauptstadt vorzulegen, das langfristig die Berufsausbildung in den Bereichen Gesundheit, Technik sowie Wirtschaft und Verwaltung sichert.

Die sonderpädagogische Berufsschule muss in Schwerin langfristig gesichert bzw. als eigenständige Abteilung weitergeführt werden.

Hierzu wird mitgeteilt, dass mit der Beschlussvorlage DS 01101/2006 zur heutigen Sitzung der Beschluss entsprechend umgesetzt wurde.

**Antrag (Fraktion Unabhängige Bürger, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umzug des Sonderpädagogischen Förderzentrums in die Erich-Kästner-Schule
15. StV vom 30. Januar 2006; DS 00929/2005**

Die Stadtvertretung hat beschlossen: Der Umzug des Sonderpädagogischen Förderzentrums in die Erich-Kästner-Schule ist im Rahmen der Schulnetzplanung nochmals zu überprüfen und Alternativen sind aufzuzeigen.

Hierzu wird mitgeteilt: Das Vorhaben, das Sonderpädagogische Förderzentrum in die ehemalige E.-Kästner-Schule zu verlagern, ist aufgegeben worden. Im Zuge der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes wird ein anderer Standortvorschlag unterbreitet.

3. Beschlüsse des Hauptausschusses

Der Hauptausschuss hat zwischen der 18. Sitzung der Stadtvertretung am 24. April 2006 und der 19. Sitzung der Stadtvertretung am 22. Mai 2006 nachstehende Beschlüsse gefasst.

Beschlüsse zu Grundstücksangelegenheiten:

Bestellung einer Grunddienstbarkeit (Nutzungsbeschränkung) an einer ca. 38.862 m² großen Teilfläche aus dem Flurstück 182 der Flur 2, Gemarkung Krebsförden
Vorlage: 01050/2006

Der Bestellung einer Grunddienstbarkeit (Nutzungsbeschränkung) an der ca. 38.862 m² großen Restfläche des Flurstückes 182 der Flur 2, Gemarkung Krebsförden zugunsten des jeweiligen Eigentümers wird zugestimmt.
 Eine Entschädigung für die Einräumung der Dienstbarkeit ist mit dem Kaufpreis abgegolten.

Verkauf der Am Strand 2, 3 und 5 belegenen zusammen 10.717 m² großen Flurstücke 6, 8 und 9/2, alle Flur 1 der Gemarkung Zippendorf
Vorlage: 01038/2006

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Dem Verkauf der Am Strand 2, 3 und 5 belegenen zusammen 10.717 m² großen Flurstücke 6, 8 und 9/2, alle Flur 1 der Gemarkung Zippendorf wird zugestimmt.
 Die Nebenkosten des Vertrages trägt der Käufer.

Zugestimmt wird auch der Vorwegbeleihung der Grundstücke.

Ankauf der insgesamt ca. 868 m² großen Teilflächen der Flurstücke 1/5, 1/7 und 3 der Flur 12 der Gemarkung Schwerin, belegen am Obotritenring
Vorlage: 01037/2006

Dem Ankauf von insgesamt ca. 868 m² großen Teilflächen der Flurstücke 1/5, 1/7 und 3 der Flur 12 der Gemarkung Schwerin, belegen am Obotritenring, wird zugestimmt.

Die Nebenkosten trägt die Stadt Schwerin.

Verkauf des 258 m² großen Grundstückes Bornhövedstraße 15, Flurstück 20/1 der Flur 26, Gemarkung Schwerin
Vorlage: 01060/2006

Dem Verkauf des 258 m² großen Grundstückes Bornhövedstraße 15, Flurstück 20/1 der Flur 26, Gemarkung Schwerin wird zugestimmt.

Zugestimmt wird auch der Vorwegbeleihung des Grundstückes.
 Die Nebenkosten des Vertrages trägt der Käufer.

Beschlüsse zu Einvernehmensregelungen:

**Erteilung des Einvernehmens nach § 8(4) Nr. 7 Hauptsatzung
zum Vorhaben Dachgeschossausbau des Gebäudes Großer Moor 8
(Az: 61-14-0041/06) Bauherr : Gert Voß
Vorlage: 01041/2006**

Der Hauptausschuss erteilt das gemeindliche Einvernehmen zu dem Vorhaben.

**Erteilung des Einvernehmens nach § 8 (4) Nr. 7 Hauptsatzung - Befreiungsantrag von den
Festsetzungen des B-Planes "Zippendorf" Errichtung Carport außerhalb der Baugrenze
(61-22-470/06)
Vorlage: 01042/2006**

Das Einvernehmen zur Errichtung eines Carports außerhalb der Baugrenze wird erteilt.

**Einvernehmen nach § 8 (4) 7 Hauptsatzung zum Bauvorhaben 'Werderstraße 61' (61-15-
3318/05)
Vorlage: 01046/2006**

Der Hauptausschuss erteilt dem Bauvorhaben ,Dachgeschossausbau zu 1 Wohneinheit auf dem Grundstück Werderstraße 61 das gemeindliche Einvernehmen i.S.d. § 8 (4) 7 Hauptsatzung.

**Einvernehmen gem. § 8 (4) 7 Hauptsatzung 'Neubau Ärzte- u. Wohnhaus, Beethovenstr.3'
(61-15-0629/06)
Vorlage: 01059/2006**

Der Hauptausschuss erteilt dem Bauvorhaben ,Neubau Ärzte- und Wohnhaus in der Beethovenstraße 3 das gemeindliche Einvernehmen i.S.d. § 8 (4) 7 Hauptsatzung.

Weitere Beschlüsse:

**Abschluss des Erschließungs-/städtebaulichen Vertrag zum B.-Plan Nr. 50.04/2
"Lankower Aubach Nord"
Vorlage: 01057/2006**

Dem Abschluss des beiliegenden Erschließungs-/städtebaulichen Vertrages mit der Baugebiet am Aubach/Lankower See GmbH Co. KG wird zugestimmt.

**Planungsvertrag Lennéstraße/Schleifmühlenweg
Vorlage: 01019/2006**

Dem Vertrag zwischen der Landeshauptstadt Schwerin und dem Mecklenburgischen Ingenieurbüro für Verkehrsbau GmbH Schwerin wird nachträglich zugestimmt. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den Vertrag zu unterzeichnen.

Änderung der Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für Abwasser (AEB) - Degressive Entgelte

Vorlage: 01012/2006

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung beschließt

1. auf Grund der §§ 5 und 15 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juni 2004 (GVOBl. M-V S. 205) und § 40 des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg – Vorpommern (LWaG) vom 30. November 1992 (GVOBl. M-V S. 669), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2003 (GVOBl. M-V 2004, S. 2) die als Anlage A beigefügte Abwassersatzung der Landeshauptstadt Schwerin.

2. die Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für Abwasser (AEB) der Landeshauptstadt Schwerin in der als Anlage C beigefügten Fassung.

3. die Entgelte gemäß Preisblatt für Benutzungsentgelte der Schweriner Abwasserentsorgung, Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Schwerin (siehe Anlage E) entsprechend der als Anlage F beigefügten Kalkulationsunterlagen.

Sanierung der Werderstraße; Umfeldgestaltung; Gehwege, Radstreifen, Fahrbahn

Vorlage: 00949/2006

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Die Erneuerung und Umgestaltung der Werderstraße unter Einsatz von Städtebauförderungsmitteln wird beschlossen.

Straßenbenennung B-Plan-Gebiet Nr. 43.03 "Warnitz-Wiesengrund"

Vorlage: 01093/2006

Die zukünftige Erschließungsstraße soll die Bezeichnung „Alte Gärtnerei“ erhalten.

Bericht zum Stand der Planung/Realisierung für Teilprojekte, Arbeitsstand Umland/Presse/Öffentlichkeitsarbeit/Marketing

Vorlage: 01102/2006

Der Hauptausschuss nimmt

- den Bericht zum Stand der Planung/Realisierung für die Teilprojekte der BUGA 2009,
- den Bericht zum Arbeitsstand Umland/Presse/Öffentlichkeitsarbeit/Marketing und
- die Zusammenfassung der Auftragsvergaben durch die BUGA Schwerin 2009 GmbH (Stand 29. März 2006)

zur Kenntnis.

Entscheidung über die Art des Vergabeverfahrens nach § 8 Abs. (4) 1bb der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Schwerin

Vorlage: 01065/2006

Der Hauptausschuss stimmt zu, dass die Briefbeförderung im Stadtgebiet Schwerin im Rahmen einer Öffentlichen Ausschreibung nach VOL für 1 Jahr mit der Option der Verlängerung um ein weiteres Jahr vergeben wird und beauftragt den Oberbürgermeister auf das wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag zu erteilen.

4. Bearbeitungsstand von in den Hauptausschuss verwiesenen Anträgen

Sanierung der Straße "Zum Kirschenhof"

Antragsteller: CDU-Fraktion; Stadtvertreter Christoph Priesemann, Gerd Güll

Vorlage: 01031/2006

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Sanierung der Straße „Zum Kirschenhof“ gemeinsam mit dem Landkreis NWM bzw. der Gemeinde Brüsewitz zu erreichen ist.

Verkehrsleitschilder oder Hinweisschilder auf Schwerin

Antragsteller: Fraktion Unabhängige Bürger

Vorlage: 01030/2006

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung möge beschließen, der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeiten zur Erweiterung der Hinweisschilder an den Ausfahrten der Autobahnen dahingehend zu prüfen, Schwerin als BUGA Stadt 2009 auszuweisen.

Information zum Antrag Schulsozialarbeit an der Regionalschule "Erich Weinert"

Antragsteller: CDU-Fraktion; Stadtvertreter Christoph Priesemann, Gerd Güll

Vorlage: 00902/2005

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen (finanziell und personell) die Umsetzung des Antrages schon in 2006 (mindestens zu Beginn des Schuljahres 2006/2007) möglich ist.

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Jugendhilfeausschuss.

Die Wiedervorlage im Hauptausschuss erfolgt mit dem Beratungsergebnis am 20.06.2006.

Garten des 21. Jahrhunderts, BUGA 2009

Antragsteller: Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen

Vorlage: 01069/2006

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag ab und empfiehlt der Stadtvertretung ebenfalls die Ablehnung des Antrages.

Parkplatzsituation an der Helios-Klinik

Antragsteller: Ortsbeirat Altstadt, Feldstadt, Paulsstadt, Lewenberg

Vorlage: 01053/2006

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Ausschuss für Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung.

Parkplatzsituation Sportpark Lankow
Antragsteller: Ortsbeirat Lankow
Vorlage: 01085/2006

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Ausschuss für Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung sowie in den Ausschuss für Kultur, Sport und Schule.

Einheitlicher städtischer Zuschuss für die Kindertagesbetreuung in Schwerin ab 2007
Antragsteller: Fraktion Unabhängige Bürger
Vorlage: 01079/2006

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung, in den Ausschuss für Soziales und Wohnen sowie in den Jugendhilfeausschuss.

Begrüßungsgeld für Schweriner Neugeborene
Antragsteller: Fraktion Unabhängige Bürger
Vorlage: 01078/2006

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung sowie in den Ausschuss für Soziales und Wohnen.

Kita-gGmbH
Antragsteller: Fraktion Linkspartei.PDS
Vorlage: 01086/2006

Der Hauptausschuss verweist den Antrag zur Vorberatung in die Fraktionen. Die Verwaltung wird gebeten, die rechtlichen Grundlagen und grundsätzlichen Möglichkeiten darzulegen.

Weg am Heidensee
Antragsteller: Ortsbeirat Schelfstadt, Werdervorstadt, Schelfwerder
Vorlage: 01082/2006

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung, in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften sowie in den Ausschuss für Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung.

Rad- und Wanderweg im Bereich Heidensee
Antragsteller: Fraktion Linkspartei.PDS
Vorlage: 01088/2006

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften sowie in den Ausschuss für Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung.

Brücke in der Möwenburgstraße
Antragsteller: Ortsbeirat Altstadt, Feldstadt, Paulsstadt, Lewenberg
Vorlage: 01051/2006

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung sowie in den Ausschuss für Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung.

Entfernung des Lenin-Standbildes in der Hamburger Allee**Antragsteller: Christoph Priesemann****Vorlage: 01054/2006**

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung, in den Ausschuss für Kultur, Sport und Schule sowie in die betroffenen Ortsbeiräte Neu Zippendorf und Mueßer Holz zur Vorberatung.

Die Verwaltung wird gebeten, Fragen nach den Eigentumsrechten, Rechten des Künstlers, des Denkmalschutzes und die Kosten für die Entfernung darzulegen und zu den Beratungen der Fachausschüsse zur Verfügung zu stellen.

Baugrundstück, Krösnitz 38**Antragsteller: Ortsbeirat Gartenstadt, Ostorf****Vorlage: 01075/2006**

Der Hauptausschuss verweist den Antrag in den Ausschuss für Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung.

Analyse und Konzept zur wirtschaftlichen Betätigung der Landeshauptstadt Schwerin**Antragsteller: Fraktion Unabhängige Bürger****Vorlage: 01081/2006**

Der Hauptausschuss verweist den Antrag zur Vorberatung in die Fraktionen.

Information zum Abarbeitungsstand des Antrages Verbindliche Standortfestlegung für Schulstation**Antragsteller: CDU-Fraktion****Vorlage: 01066/2006**

Herr Junghans informiert zum Zwischenstand der Abarbeitung des Antrages den Hauptausschuss darüber, dass wegen der räumlichen Nähe und der kompakten Bauweise der Standort des ehemaligen Demmlerheimes in der Flensburger Straße als geeignet erscheint. Aufgrund des baulichen Zustandes sind allerdings in einem noch zu definierenden Mindestumfang Reparaturarbeiten notwendig. Das Zentrale Gebäudemanagement ist bereits vorbereitend in diesen Prozess einbezogen worden.

Am 18. Mai 2006 wird mit allen Beteiligten eine Ortsbegehung stattfinden.

Ziel ist es, die Standortverlagerung des Projektes zum neuen Schuljahr sicherzustellen.

Der Hauptausschuss wird über die Ergebnisse der Verlagerung des Standortes der Schulstation zeitnah informiert.

5. Sonstige Informationen

Vereinbarung zu Jugendsportspielen 2006 unterzeichnet Stadt stellt Sportstätten zur Verfügung

Rund 5.000 Kinder und Jugendliche werden am 1. und 2. Juli Schwerin zur Sporthochburg des Landes machen. Anlass sind die 8. Jugendsportspiele Mecklenburg-Vorpommerns. Oberbürgermeister Norbert Claussen und der Präsident des Landessportbundes, Wolfgang Remer, unterzeichneten am 27. April die Vereinbarung zur Nutzung der Sportstätten.

In 27 Sportarten misst sich der Nachwuchs des Landes Anfang Juli. Die benötigten Hallen für die Sportevents und für die Übernachtung der Kinder und Jugendlichen stellt die Stadt Schwerin kostenlos zur Verfügung.

„Wir freuen uns, Gastgeber für die diesjährigen Jugendsportspiele sein zu dürfen“, sagt Norbert Claussen. „Viele Ehrenamtliche, aber auch Hauptamtliche sind mit der Vorbereitung und Durchführung der Wettkämpfe beschäftigt – unterstützt von Mitarbeitern der Landeshauptstadt. Ich bin mir sicher, dass auch die Jugendsportspiele 2006 wieder ein voller Erfolg werden und Schwerin sich als gute Gastgeberstadt erweisen wird.“

Die Wettkämpfe werden in Hallen verteilt über das gesamte Stadtgebiet stattfinden. Zusätzlich finden Darbietungen und Wettkämpfe auch auf der Freilichtbühne, im Stadion Lambrechtsgrund und auf dem Pfaffenteich statt. Dort wird auch eine Wasserbühne für Showvorführungen aufgebaut.

Schwerin ist Drehort für Kino-Streifen über das deutsche Grundgesetz Film rührt zugleich für die Landeshauptstadt die Werbetrommel

Schwerin war im Mai Drehort für ein einmaliges Filmprojekt. Der Kino-Film GG19 setzt die 19 Grundrechte in 19 aufeinanderfolgenden Episoden filmisch um und macht sie für den Zuschauer erlebbar. Der Film spürt dem Verhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Bürger und Grundgesetz nach. Die 13. Episode von GG 19 kommt jetzt aus Schwerin: Mit dem Produzenten und Supervising Director von GG 19, Harald Siebler, verfilmt der Regisseur Bastian Terhorst „Fremdes Kind“. „Schwerin unterstützt dieses außergewöhnliche Film- und Kulturprojekt mit Begeisterung und großem Engagement – und hat von Beginn an die Idee der bundesweiten Städtepartnerschaften mitgetragen“, betont Siebler. Oberbürgermeister Norbert Claussen: „Das Projekt GG 19 ist großartig. Neben der wichtigen politischen Diskussion bekommen wir mit dem Film die Chance, die Landeshauptstadt bundesweit zu repräsentieren.“

Mit GG 19 werden bis Sommer 2006 in ganz Deutschland die ersten 19 Grundrechte des Grundgesetzes der Bundesrepublik in 19 kurzen Spielfilmen künstlerisch umgesetzt. „Fremdes Kind“ widmet sich dem Thema Glaubensfreiheit und dem Artikel 4 des Grundgesetzes. Der Episodenfilm wird im kommenden Jahr in die deutschen Kinos kommen.

„Handwerk ist in Schwerin fest verwurzelt“

OB Norbert Claussen dankt Kreishandwerkerschaft für hohes Engagement

„Das Handwerk ist in der Region und ganz besonders in Schwerin fest verwurzelt.“ Dies sagte Oberbürgermeister Norbert Claussen am 15. Mai auf der Festveranstaltung zum 15-jährigen Bestehen der Kreishandwerkerschaft Schwerin. Zugleich lobte er, dass die Kreishandwerkerschaft ganz im Dienste ihrer Mitglieder tätig sei. Der Oberbürgermeister erinnerte daran, dass unter den knapp 900 Handwerksbetrieben in der Landeshauptstadt sich eine Vielzahl an alteingesessenen Betrieben genauso befänden wie sehr viele neue Betriebe, die erst nach dem Herbst 89 entstanden.

Alle ihren Mitgliedbetrieben habe die Kreishandwerkerschaft „erfolgreich durch die vergangenen 15 Jahre begleitet, eine Zeit, in der sich besonders für die Menschen in den Neuen Bundeslän-

dem die Welt gravierend verändert hat“. Laut Norbert Claussen habe die Kreishandwerkerschaft alle Veränderungen begleitet, richtige Antworten für die Betriebe gesucht und vielfach gefunden. „Das Handwerk ist und bleibt ein wichtiger Motor unseres Mittelstandes“, sagte der Oberbürgermeister weiter und fügte hinzu, dass die Stadtverwaltung wisse, was sie am Handwerk habe und was sie den Betrieben und den Meistern, beispielsweise bei der Ausbildung junger Leute, zu verdanken habe. Ganz persönlich dankte Norbert Claussen, dass die Handwerkerschaft die Stadtpolitik kritisch, aber stets fair begleite und ihm persönlich ein guter Gesprächspartner und Ratgeber sei.

Claussen ging in seinem Grußwort zugleich auf die momentanen Probleme ein: „Zahlreiche Handwerksbetriebe verzeichnen eine unbefriedigende Geschäftslage. Schlechte Umsatzzahlen insbesondere im KfZ-Gewerbe, rückläufige Auftragslage, unzureichende Betriebsauslastung sind die Folgen. Der erhoffte Aufwärtstrend ist bisher kaum zu spüren.“ Um dies zu ändern, setze er auf eine neue Politik und sinnvolle Gesetze der CDU/SPD-Bundesregierung genauso wie auf handwerksfördernde Entscheidungen in MV. Claussen wörtlich: „Wir benötigen kluge und ausgewogene Entscheidungen beispielsweise in der Steuerpolitik und eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten, damit die Binnennachfrage und die private Auftragsvergabe ankurbelt werden. Nur so bekommt auch das Handwerk bessere Rahmenbedingungen, sich zu entwickeln.“

Zugleich versicherte OB Claussen den Anwesenden, dass die Stadtverwaltung Schwerin sich weiterhin intensiv um die Fragen und Probleme des Handwerks, um Bestandspflege und Neuan siedlung kümmern wird. In diesem Zusammenhang informierte er, dass die Stadt trotz angespannter Haushaltslage in diesem Jahr Aufträge in Höhe von mehr als 33 Millionen Euro auslösen werde, allein für den Baubereich seien 27 Millionen Euro eingeplant. Claussen: „Dies kurbelt die heimische Wirtschaft beträchtlich an.“